

<u>Legende:</u>

Festsetzungen der Ergänzungssatzung nach § 9 BauGB

Geltungsbereich Ergänzungssatzung Baugrenze nach § 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB

Fläche für das Anpflanzen von Sträuchern nach § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB

<u>Textliche Festsetzungen</u>

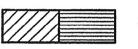
Flächen für besondere Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelt-einwirkungen im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes: Nach § 9 Abs. 1, Nr. 24 BauGB wird für die Fassaden der zur Bundesstraße zeigenden Fenster für Aufenthalts- und Schlafräume ein Schalldämm-Maß von 40dB festgesetzt.

Grünflächen, Baumpflanzgebote, Baumerhaltungsgebote:
Nach § 9 Abs. 1, Nr. 25 BauGB ist am nördlichen und westlichen
Plangebietsrand ein Streifen mit Sträucher zweireihig aus der
nachfolgenden Liste zu pflanzen.
Alle Gehölze sind dauerhaft zu erhalten. Ausfälle sind gleichwertig oder
gleichartig zu ersetzen.
Alle nicht überbaubaren Flächen innerhalb des Plangebietes sind als
dauerhafte Grünanlagen mit standortgerechten einheimischen Baumund Straucharten sowie mit Wiesen und Rasenflächen gärtnerisch zu
gestalten

Für die Randeingrünung und im Gartenbereich sind zu verwenden:

Sräucher: Cornus sanguinea Corylus aveilana igustrum vulgare Rosa canina Viburnum lantana

Bestandsangaben:



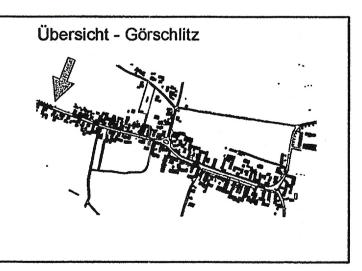
Gebäudebestand (Wohn-/Wirtschaftsgebäude)

Flurstücksgrenze Flurstücksnummern

vorh. Schmutzwasserleitung mit Kontrollschacht vorh. Regenwasserleitung mit Kontrollschacht vorh. Druckleitung

Elektroleitungen als Freileitungen befinden sich im Fußwegbereich auf der Südseite der Dübener Landstraße und Leitungen der Deutschen Telekom unterirdisch im Fußwegbereich auf der Nordseite der Dübener Landstraße. Sie wurden aus Übersichtsgründen nicht dargestellt

vorh. Trinkwasserleitung



Plangrundlage:

Der Lageplan zur Ergänzungssatzung wurde erarbeitet auf der Grundlage von digitalen Flurkarten des Vermessungsamtes Torgau mit Stand April 2006 und Ergänzungen des Gebäudebestandes aus vorhandenen Lageplänen der Gemeinde.

Rechtsgrundlagen:

Der Ergänzungssatzung der Gemeinde Kossa, OS Görschlitz "An der Dübener Landstraße" liegen folgende Gesetze und Verordnungen zugrunde:

Baugesetzbuch (BauGB) in der Neufassung der Bekanntmachung vom 27.08.1997 (BGBI. I, S. 2141, ber. 1998 S.137), zuletzt geändert durch Artikel 21 ces Gesetzes vom 21. Juni 2005 (BGBI. I S. 1818, 1824)

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBI. I, S.132) zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes zur Erleichlerung von Investitionen und der Ausweisung und Bereitstellung von Wohnbauland (Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz) vom 22.04.1993 (BGBI. I, S. 466)

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung 1990 - PlanZV 90) vom 18.12.1990 (BGBI. I v. 1991, S. 58)

Sächsische Bauordnung (SächsBO) in der Fassung des Artikel 1 des Gesetzes zur Vereinfachung des Baurechts im Freistaat Sachsen vom 18.03.1999 (SächsGVBI. S. 85), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes zur Neufassung der Sächsischen Bauordnung veröffentl. am 25.06.2004 (SächsGVBI. S. 200)

Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO) in der Fassung der Neubekannt-machung vom 18.03.2003 (SächsGVBI. S. 55, ber. S. 159)

Sächsisches Naturschutzgesetz (SächsNSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.10.1994 (SächsGVBI. S. 1601, ber. 1995 S. 106), zuletzt ergänzt am 09.09.2005 (SächsGVBI. S. 259)

Gesetz zum Schutz und zur Pflege von Kulturdenkmalen im Freistaat Sachsen (SächsDSchG), zuletzt geändert durch Art. 4 des Gesetzes vom 14.11.2002 (SächsGVBI. S. 307)

HINWEISE

HINWEISE
Denkmalschutzbelange
Auf der Grundlage des § 20 Abs.1 und 2 des Gesetzes zum Schutz und zur Pflege von Kulturdenkmalen im Freistaat Sachsen vom 03.03.1993, veröffentlicht am 16.03.1993, besteht Melde- und Sicherungspflicht bei Bodenfunden. Diese ist, gemäß § 20 SächsDSchG, in die Planungsunterlageh und Ausführungsdokumente zu übernehmen und die ausführenden Firmen sind darauf hinzuweisen.
Das Plangebiet befindet sich in einem archäologischen Relevanzbereich. Vor Beginn der Erschließungs-und Bauarbeiten sind archäologische Voruntersuchungen erforderlich. Zunächst ist ein erster Grabungsabschnitt erforderlich, der mind. 3 Wochen vor Beginn beim Landesamt für Denkmalpflege Dresden anzuzeigen ist. Der Vorhabenträger stellt den erforderlichen Bagger und trägt Kosten des Geräteeinsatzes.

Ergeben sich im Zuge der Bauvorbereitung und -ausführung Hinweise auf schädliche Bodenverunreinigungen oder/und Altlasten i.S.d. § 9 Abs. 1 i.V.m. § 2 Abs. 3 bis 5 BBodSchG besteht für den Grundstückseigentümer und Inhaber der tatsächlichen Gewalt nach § 10 Abs. 2 SächsABG die Pflicht, diese unverzüglich der nach § 13 Abs. 1 SächsABG zuständigen Behörde mitzuteilen. Gemäß § 4 Abs. 2 BBodSchG haben diese Personen die Pflicht, Maßnahmen zur Abwehr der von ihrem Grundstück drohenden schädlichen Bodenveränderungen zu ergreifen. Malsnahmen zur Abwehr der von ihrem Grundstück drohenden schädlichen Bodenveränderungen zu ergreifen.
Nach § 15 Abs. 1 und 3 BBodSchG i.V.m. § 10 Abs. 2 des Sächsischen Gesetzes zur Abfallwirtschaft und zum Bodenschutz im Freistaat Sachsen vom 01.07 1999 (SächsABG) sind bekannt gewordene oder verursachte Bodenveränderungen oder Altlasten unverzüglich der für die Überwachung zuständigen Behörde (Landratsamt Delitzsch, Umweltamt) mitzuteilen. Im Hinblick auf einen sparsamen und schonenden Umgang mit Boden, sowie zur Minimierung baubetrieblicher Bodenbelastungen sind die auf der Grundlage des § 1a BauGB und § 7 Abs. 2 SächABG, § 1BBodSchG, § 202 BauGB gegebenen Hinweise zu beachten.

Im Gebiet ist keine Belastung mit Kampfmittel bekannt. Sollten bei der Bauausführung wider Erwarten Kampfmittel oder andere Gegenstände militärischer Herkunft gefunden werden, so ist dies unverzüglich der nächsten Polizeidienststelle oder Polizeihörde anzuzeigen. Dies gilt auch im Zweifelsfall. Die Meldepflicht ist in die Planungsunterlagen und Ausführungsdehten zu übernehmen und die Stellterstellen. und Ausführungsdokumente zu übernehmen und die ausführenden Firmen sind darauf hinzuweisen.

1. Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 01.12.2005, Beschl.-Nr. 186/11/05 die Aufstellung der Satzung beschlossen.

Kossa, 16.07.08

2. Die Ergänzungssatzung bestehend aus: - Lageplan, M 1 : 500 - Begründung - Begründung haben in der Zeit von 3.00 bis 3.1.10.04 während folgender Zeiten nach § 3 Abs. 2 BauGB in der Gemeindeverwaltung Kossa, Sitz Authausen, Kossaer Str. 6 zu jedermann Einsicht

7.30 - 12.00 Uhr und 13.30 - 15.00 Uhr 7.30 - 12.00 Uhr und 13.30 - 17.30 Uhr 7.30 - 12.00 Uhr und 13.30 - 15.00 Uhr 7.30 - 12.00 Uhr und 13.00 - 16.30 Uhr 7.30 - 11.30 Uhr

Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, durch öffentlichen Aushang in den Schaukästen der Ortsteile der Gemeinde Kossa am 12.09.06 ortsüblich bekannt gemacht worden.

Kossa, 16.03.08 Der Bürgermeister Anud

Der katastermäßige Bestand innerhalb der Grenzen des Geltungsbereiches wird als richtig bescheinigt.



Leiter des Staatlichen

Kossa, 16.07, 09



5. Die Ergänzungssatzung mit Lageplan und Begründung wird hiermit ausgefertigt.

Kossa, 16.07.08



Kossa, 25.07.2008



IBS	Ingenieurgesellschaft für Bau- und Sachverständigenwesen mbH				
		ße 2, 04838 Eilenburg,		Fax: 03423/68 45 17	
jekt:	Ergänzungssatzung nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr.3 BauGB der Gemeinde Kossa, ÖS Görschlitz "An der Dübener Landstraße"				
jekt-Nr.:	Gemeinde Kossa, OS Görschlitz "An der Dübener Landstraße"				
nbezeichnung:	Lageplan				
ßstab:	1:500	Datum:	08.08.2006	BearbeiterIn:	Frau Sawatzki
ner	Socashe	ZulNr:.	54905	ZeichNr.:	01